

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 28614

Wichtig! Nicht mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 4.50 M., durch unsere Anwerter eingetragen in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.45 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.25 M. mit Postzuschlag. Alle Postanstellungen und Zeitbeholdungen sowie andere Beiträge und Gebühren stellen sich jeweils nach den Bestimmungen. In Folge höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Informationspreis 1 M. für die 6seitige Kurzwahrscheinung oder deren Raum, Anzeigen, die 2seitige Kurzwahrscheinung 2.50 M. Ziel Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisberechnung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden! Die 2seitige Kurzwahrscheinung 3 M. Nachzahlungsschuld 30 Pf. Anzeigenannahme bis vierteljährlich 10 Uhr. Für die Rückgabe der durch Versand übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 186

Donnerstag den 11. August 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung Hingabe von Steuermarken zur Anrechnung auf die Reichs- einkommensteuer betreffend.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mit Erlaß vom 20. Juni 1921 — III 17101 — nachgelassen, daß den Arbeitgebern auf ihren Antrag von dem Finanzamt gestattet wird, daß sie die Blätter mit den vorgeschriebenem entwerteten Steuermarken aus den Steuerkarten ihrer Arbeitnehmer herauslösen und den Arbeitnehmern die einzelnen Blätter zwecks Begleichung ihrer Steuerschuld aushändigen. Die Bestimmung des § 8 Absatz 1 Satz 2 und Satz 3, Halbsatz 1 der Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 vom 21. Mai 1920 (Zentralblatt für das Deutsche Reich 1920 Seite 832 ff.), monach zwecks

Hingabe der Steuermarken an Zahlungsfalt der Arbeitnehmer die Steuerkarte der Steuerhebestelle vorzugeben hat und die hingebenden Steuermarken mit dem entsprechenden Blatte der Steuerkarte nur von der Steuerhebestelle aus der Steuerkarte entfernt werden dürfen, kommt in diesem Falle nicht mehr zur Anwendung.

Die erforderlichen Anträge sind bei dem für den Arbeitgeber zuständigen Finanzamte zu stellen.

Der vorstehende Erlaß hindert nicht, daß die Arbeitgeber die Steuerblätter zum Zwecke der Abrechnung für das Rechnungsjahr 1920 nach der Bekanntmachung vom 5. August 1921 zur Vermeidung von Zeitverräumnis seitens der Arbeitnehmer gesammelt bei der Steuerhebestelle einreichen dürfen.

Wissen, am 8. August 1921.

Nr. 1264 A 1.

Das Finanzamt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In Oberschlesien sind neue polnische Banden über die Grenze gekommen.

* In Münster kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Reichswehrsoldaten und Zivilisten.

* In Paris bemüht man sich, eine mittlere Linie zwischen dem englischen und dem französischen Standpunkt zu finden, bläher jedoch ohne Erfolg.

Der erste Tag.

Eingeleitet mit viel schönen Reden, ist der erste Tag der Pariser Zusammenkunft des Obersten Rates ausgegangen, ohne daß schon ein bestimmtes Ergebnis oder auch nur die Richtung, in der ein solches zu suchen sein möchte, zu konstatieren wäre. Man ließ sich die Berichte der Sachverständigen vortragen, die den Auftrag hatten, die Entscheidung des Obersten Rates vorzubereiten, die aber ebenso flug auseinander gingen, wie sie gekommen waren. Danach wurde die Sitzung aufgehoben, um am Dienstag zunächst die alliierten Oberkommissare in Oppeln über die augenblickliche Lage in Oberschlesien und insbesondere über die Sicherheit im Abstimmungsgebiet zu Worte kommen zu lassen. Proschendorf können die Privatgesprächen unermüdlich fortgesetzt werden, von denen man sich wohl mehr Erfolg für die Lösung der Schwierigkeiten versprochen wird, als von dem Fortgang der mehr oder weniger öffentlichen Diskussionen. Der Wille zur Verständigung ist zweifellos auf beiden Seiten vorhanden — was man heutzutage so Verständigung zu nennen beliebt.

Die Sachverständigen saßen unter sich über drei grundsätzliche Fragen eine Einigung erzielt haben. Einmal darüber, daß der Friedensvertrag von Versailles die Teilung des Abstimmungsgebietes zwischen Deutschland und Polen zulasse, daß also die Stimmenmehrheit einer Partei dieser keinen Anspruch auf ungeteilte Zuweisung Oberschlesiens einräume. Zweitens darüber, daß nach Vorschlag des Friedensvertrages die Wünsche der Bevölkerung, wie sie in der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommen sind, nebst der geographischen und wirtschaftlichen Lage der einzelnen Ortsteile zu berücksichtigen seien, endlich auch darüber, daß man bei der Grenzziehung sich von der gemeindefreien Abstimmung leiten lassen müsse. Auf dieser Grundlage wurden verschiedene Vorschläge für die Aufteilung gewährt, übrig bleiben schließlich nur zwei Lösungen, eine französische und eine britisch-italienische, auf die sich jedoch die Sachverständigen nicht einigen konnten. Beide Pläne verlangten Unterteilung des „Industriegebietes“, den die Franzosen den Polen, die Engländer wenigstens zum größten Teil Deutschland zusprechen wollten.

In dem Vortrag des britischen Sachverständigen wurde mit dürren Worten angegeben, daß 844 Gemeinden sich für Deutschland, aber 678 für Polen ausgesprochen, daß 707 000 Oberschlesier für Deutschland und 479 000 für Polen gestimmt haben. Würde man nach dem französischen Vorschlag verfahren, so hieße das die Verhältnisse der Abstimmung bei der Zusprennung der streitigen Gebiete umstoßen, denn dann würde man sieben Elfstel der deutschen Stimmen den Polen und nur vier Elfstel der polnischen Stimmen Deutschland zusprechen, während diese Stimmen sich im ganzen zu 60 Prozent für Deutschland, zu 40 Prozent für Polen verteilen. Was demgegenüber der französische Sachverständige vortrug, um die Zuteilung des Industriegebietes an Polen zu begründen, klang so tabulistisch, daß es, wie man wohl hoffen darf, auf die nichtfranzösischen Teilnehmer der Konferenz nur einen abstoßenden Eindruck gemacht haben wird. Der italienische Delegierte stellte fest, daß die englische Linie sich ungleich mehr dem Ergebnis der Volksabstimmung nähere als die französische, die nicht ein einziges Bergwerk Deutschland zuwerfe. Doch vermied er es, nach französischer Darstellung, sich direkt für die eine oder die andere Linie auszusprechen, und französische Blätter schließen aus dieser Haltung, daß er die Absicht habe, zwischen den beiden entgegenstehenden Auffassungen zu vermitteln. Es zeigte sich so schon nach diesem ersten Anlauf, daß Raum sei für eine gerechte und vernünftige Lösung der Frage, und weitere Pariser Nachrichten wollen denn auch bereits wissen, daß Briand selber bemüht sei, einen neuen Grenzvoranschlag auszuarbeiten, der ungefähr die Mitte zwi-

beiden Vorschlägen, die dem Obersten Rat zunächst zur Vorlegung werden konnten. Danach soll ein beträchtlicher Teil des Gebietes südlich von Kosenberg an Polen und als Ersatz dafür die Hälfte des Kreises Groß-Strehlitz und Trost an Deutschland gegeben werden. Deutschland solle auch die Hälfte vom Stadt- und Landkreis Gleiwitz mit bedeutenden Eisenbahnstationen und wichtigen wirtschaftlichen Konzessionen in anderen Teilen des Industriegebietes zugestanden erhalten. Das Ganze stelle ein Kompromiß dar, das für Deutschland günstiger sei als die sogenannte Sforza-Linie, von der allerdings in dieser ersten Sitzung des Obersten Rates kein Mensch gesprochen hat.

Leute, die das Gras wachsen hören, wollen überdies wissen, daß Lloyd George für seine Person einem derartigen Kompromiß und damit der Teilung des Industriegebietes geneigt sei, daß aber sein Minister des Außeren, Lord Curzon, von seiner ablehnenden Haltung nicht zurücktreten wolle. Möglicherweise, daß das nur Stimmungsprobe sei, darauf berechnet, in die Geschlossenheit der britischen Delegation eine Bresche zu schlagen, eine Kunst, in der die Franzosen ja Meister sind. Sie werden es auch an anderen Versuchen, so oder so zum Ziele zu kommen, nicht fehlen lassen. Wir Deutschen können nur sagen, daß uns dieses Gebahren der höchsten Schiedsrichter über deutsches Land und deutsches Volk im höchsten Grade schmerzlich berührt. Sie sind dabei, wie mit einem Schlachtmesser an dem lebendigen Fleische des ober-schlesischen Volkes herumzuschneiden, als wäre nicht das ganze Land ein fühlender Organismus, den jede willkürliche Trennung und Zerreißung zugrunde richten muß. Wenn der Friedensvertrag die Teilung zwischen Deutschland und Polen zuläßt, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß er sie vorschreibt, und bei so überwiegender Mehrheitsbefugung nach Gemeindegrenzen und Abstammungsberechtigten darf es dem Geiste des Vertrages nach gar keine andere Entscheidung geben, als die ungeteilte Befassung Oberschlesiens beim Reich. Scheingründe sind es, nichts als Scheingründe, wenn man stattdessen das Weser künstlich scheiden soll, was nach Natur und Geschichte zusammengehört.

Die verschiedenen Vorschläge zur Aufteilung Oberschlesiens zwischen Deutschland und Polen werden durch die Kartenreihe veranschaulicht. Man erkennt daraus, daß die Kernfrage sich um das engere Industriegebiet dreht. Die hier verzeichneten Linien fassen bereits aus der ersten Zeit der Teilungsdebatten. Es hat sich aber inzwischen nichts Wesentliches an ihnen geändert, und eine Einigung darüber, wie nun die Grenze gezogen werden soll, dürfte voraussichtlich auf keinen dieser Vorschläge hinauslaufen, sondern eine neue Linie er-



geben, deren Verlauf vielleicht weniger von den wirtschaftlichen und geographischen Erdverhältnissen abhängig sein wird, die

eigentlich allein maßgebend sein dürften, und die zweifellos eine Trennung überhaupt als unmöglich erweisen würden, sondern die wohl von internationalen politischen Interessen bestimmt werden wird, als deren Opfer die ober-schlesische Bevölkerung anzusehen ist. In England erklärt man, es würde den Franzosen schwer fallen, gegen die englische Auffassung anzukämpfen, um so mehr, als auch Amerika, wenn nicht direkt, doch indirekt den italienisch-britischen Standpunkt unterstützen. Schließlich wird bei der Entscheidung in weitergehendem Maße die Politik mitsprechen, die darauf hinauszielt, wie man sich in Zukunft Deutschland gegenüber zu stellen gedenkt, und gerade hierzu siehe die englische Auffassung im Gegensatz zu der französischen. Auf alle Fälle jedoch müßte man zusehen, daß die Entente erhalten bleibt, und darum müßte jeht unter allen Umständen eine Entscheidung getroffen werden.

Bergebliche polnische Streifhehe.

Neue Banden in Oberschlesien.

Die Nachrichten über die Generalfreibehe, die in den letzten Tagen von polnischer Seite neu betrieben worden war, bestärken durchweg, daß die Agitation erfolglos geblieben ist. Mit einer polnischen Erhebung in den nächsten Tagen wird infolgedessen nicht mehr gerechnet. Dennoch häufen sich die Fälle, in denen ganze Bands junger Burschen von Polen her die Grenze überschreiten. Sie treten in Stärke von 30 bis 50 Mann auf und lassen sich geschlossen in den Landorten nieder. Sie sind gut ausgerüstet und tragen ein unerhört herausforderndes Benehmen zur Schau.

Die polnische Regierung stellt sich jetzt so, als wolle sie mit allen Kräften der Gerechtigkeit dienen, läßt aber gleichzeitig durchblicken, daß sie unter dieser Gerechtigkeit nur eine Lösung im polnischen Sinne versteht. In einer Note, die die Polen dem Obersten Rat in Paris überreichen ließen, wird erklärt, die polnische Regierung habe die Beilegung des letzten ober-schlesischen Aufstandes durch die Alliierten durch ihre moralische Unterstützung gefördert. Sie könne den Alliierten aber nur dann eine gleiche moralische Unterstützung bei der Durchführung der Entscheidung leisten, wenn diese Entscheidung definitiv und den gerechten Ansprüchen Polens entsprechend sei. Andernfalls werde das ober-schlesische Volk nicht zur Ruhe verhalten werden können. — Allerdings, wenn polnische Aufständigen Unruhe stiften, ist schwer Ruhe zu schaffen.

In Paris ist man sich dieser Gefahren wohl bewußt und neuer erklärt, daß die größte Vorsicht gebietet werde, um irgendwelche Zwischenfälle in Oberschlesien während der Konferenz des Obersten Rates zu vermeiden. Die britischen und die französischen Kommissare handelten bei den zunächst getroffenen Vorkehrungen in vollkommener Abstimmung.

Die Zerstörung des Heeresmaterials.

Die Erfüllung der Ultimatumforderungen.

Nachdem bereits der Versailler Friedensvertrag die Zerstörung des deutschen Bestandes an Waffen und sonstigem Kriegesmaterial angeordnet hatte, wurde die gleiche Forderung der Alliierten bekanntlich durch die Entwaffnungsnoten im Mai und durch das Ultimatum von Anfang Juli in verschärfter Form wiederholt. Jetzt wird von amtlicher Seite folgende Übersicht über den Stand der Entwaffnung nach dem Datum des 6. August veröffentlicht, woraus hervorgeht, daß wiederum ganz erhebliche Bestände von allerlei Kriegesmaterial vernichtet worden sind. Danach wurden neuerdings zerstört:

453 Geschütze, 395 Geschützrohre, 845 Patetten, 2 568 263 Stück Artilleriemunition und Minen, 1 695 953 Stück Hünder für Artilleriemunition, 3 141 977 Kilogramm Pulver, 1198 Minen und Granatwerfer, darunter 80 Signalarwerfer, 9266 Maschinengewehre, 37 712 Gewehre, Karabiner, Langgewehre, 19 312 Revolver und Pistolen, 227 566 blaue Waffen, 2 078 489 Gewehre, Wurf- und Handgranaten, 2 (9) 341 Hünder für Handgranaten, 37 499 117 Stück Handwaffenmunition, 370 290 Kartuschen aller Art, 349 530 Sprengladungen, Sprengpatronen, 14 826 Wagen aller Art, darunter 118 Progen, 80 Maschinengewehrwagen, 751 Feldküchen, außerdem große Mengen an sonstigem Kriegesgerät, wie Waffenzubehör und Ersatzteilen, optischem Gerät, Nachrichtengerät, Prüfungsgerät, Gaschutzgerät, Werkzeugen aller Art, Feld- und Fördersbahngerät, Geschirre, und Stallfächer, Wagenzubehörsachen, Zertillen, Feldküchengerät, Schiffszubehörsachen, ferner 70 Feldbädern, 2 Motorräder, 140 Kraftwagen, 18 Kraftwagenanhänger, 290 Fahrräder, 5000 Firmesärfel, 1000 Bodpfittel, 800 Zielgeschütze und 5 000 000 Blaupattren.

Der Absender auf Ansichtskarten. Ansichtskarten werden jetzt befalls als Drucksache gegen die ermäßigte Gebühr von 15 Pfennig befördert, auch wenn auf der Vorderseite Grüsse oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind. Einzelne Postämter haben nun aus dieser Bestimmung geschlossen, daß sonst nichts auf die Karten geschrieben werden darf. Selbstverständlich dürfen außerdem der Tag der Absendung, die Unterschrift, der Stand und der Wohnort mit der Wohnung des Absenders handschriftlich angegeben werden. Die genannten Angaben sind nach der Postordnung auf allen Druckfachen zulässig. — Postlagernde Sendungen an Personen, die ihre Postfächer abholen, dürfen nicht ohne weiteres in das Ausgabe- oder Schließfach gelegt, noch ohne weiteres an die Personen verabfolgt werden, die mit der Abholung beauftragt sind. Solche Sendungen müssen nach einem Bescheide des Reichspostministeriums als postlagernde Sendungen besonders behandelt werden. Durch die Abholungsanweisung wird der Vermerk „postlagernd“ nicht wirkungslos.

Neue Gebührenerhebung bei der Post. Die Verzollungsgebühr ist für Brieffsendungen seit dem 1. August auf 1 Mark festgelegt. Sie wird auch für Brieffsendungen mit einem Gewicht bis 250 Gramm erhoben, wenn diese vollständig behandelt und zollfrei befassen worden sind. Ferner wird diese Gebühr auch für solche Brieffsendungen verlangt, die zur Prüfung der Einfuhrfähigkeit den Poststellen zuzuführen sind, wenn die Prüfung die Gegenwart eines Postbeamten sowie das Öffnen und Wiederverschließen der Sendungen erfordert hat. Erhöht wurden um 2 Mark die Gebühren für die Beförderung nach den Vereinigten Staaten, die durch Expeditionen befördert werden. Postkarten, die die zugelassenen Höchstmenge von 15,7 : 10,7 etwas überschreiten, dürfen bis zum 30. September verwendet werden.

Rohorn. Die Kunde von einem Mord durchschallte am Montag früh unsern Ort. Gegen 1/2 9 Uhr fand der Sohn des Schuhmachermeisters Pahlke seine Mutter mit Schusswunden tot im Bett liegend vor. Der Ende der 60er Jahre stehende Gatte hatte seine gleichaltrige Lebensgefährtin

in der Nacht ermordet und war flüchtig geworden. Gestern Abend gelang es der hiesigen Polizei, den Mörder habhaft zu werden. Er gibt zerrüttete Familienverhältnisse als Grund zur Tat an.

Reinsberg. Von einem verheerenden Schadenfeuer wurde gestern früh unser Kirchort heimgesucht. Gegen 1/8 Uhr ertönte Feueralarm die Bewohner aus dem Schlafe. Am Westgiebel des Pfarrhauses war Feuer ausgebrochen, welches sehr rasch um sich griff. In kurzer Zeit stand der gesamte Dachstuhl in Flammen. Große Schwierigkeiten bereitete die Bekämpfung des Brandes infolge des durch die lange Trockenheit verursachten Wassermangels gerade an diesem hochgelegenen Ortsteil. Die Feuerwehr mußte, da die Brunnen fast ausgetrocknet sind, mit den inzwischen noch von Wittmannsdorf und Bieberstein eingetroffenen Spritzen versuchen, Wasser in einer langen Schlauchleitung aus dem Bobritzschbach heraufzubringen. Doch gelang es selbst mit Hilfe aller verfügbaren Kräfte nicht, dem rasenden, durch den herrschenden Westwind noch stark angefaschten Feuer Einhalt zu tun. So breitete sich der Brand auch nach auf das angrenzende, inzwischen geräumte Schulwohnhaus aus. In dem älteren Bauwerk des Gebäudes fand das Feuer reichlich Nahrung. In wenigen Stunden waren beide Gebäude bis auf die Grund- und Umfassungsmauern niedergebrannt. Die vom Brande Betroffenen (Pfarrer Vallenge, Kantor Frost und Lehrer Schurich) dürften durch das Brandunglück teilweise erheblich betroffen werden. Auch sollen, wie wir hören, wertvolle Urkunden der Kirchengemeinde vernichtet worden sein. Unmittelbar neben der Brandstätte liegt die Kirche und etwas seitlich die Bäckerei, beide Gebäude lagen im Gefahrenbereich; ein Glück, daß der böige Sturm der letzten Tage nachgelassen hatte, andernfalls hätte der Brand katastrophalen Umfang angenommen können.

Tarandt. In der Nacht zum Montag haben 4 Unbekannte einem Dresdner Autodroschkenführer sein Fahrzeug, das einen Wert von 180 000 Mk hatte, geraubt. Sie veranlaßten ihn zu einer Fahrt nach Eble Krone, machten ihn in einem dortigen Gasthause betrunken und verschwand mit dem Auto. Die Kraftdroschke war Marke „Dania Lloyd Nr. 123“ mit der Erkennungsnummer II 7039. Der Geschädigte hat für

die Wiederbeschaffung der Kraftdroschke hohe Belohnung zugesichert.

Radeberg. Der Schützenfestsonntag wurde für den verheirateten Tafelglasmacher Max Lehmann der Todestag. Am Sonnabend und Sonntag noch in guter Stimmung, erteilte den Genannten, der als Trommler den Festzug begleitete, der läche Tod in dem Moment, als vor dem Schützenhause die Parade vorgeführt wurde. Die eifrig geschlagene Trommel schwieg, als der brave Schütze seinen Kameraden vor die Füße fiel. Ein Herzschlag hatte dem noch jungen Leben ein so tragisches Ende gemacht.

Eibenthal. Dem 20 Jahre alten verheirateten Hufschmied Vogel in Eibenthal wurde ein Stück Eisen derart an den Kopf geschleudert, daß er nach kurzer Zeit verstarb.

Aus dem Gerichtssaal.

200 000 Mk. Gewerkschaftsgelder unterschlagen. Das Vertrauen seiner Kollegen mißbraucht hat in verwerflicher Weise der frühere Geschäftsführer der Ortsgruppe Thalheim des Textilarbeiterverbandes, der Weber Joseph Potorny, der sich am Donnerstag vor der 4. Strafkammer des Chemnitzer Landgerichts verantworten mußte. Die Anklage legt ihm zur Last, über 224 000 Mk. Verbandsgelder für eigene Zwecke verwendet, 16 870 Mk. an den Mitangeklagten Aurich, der als Angestellter im Verband beschäftigt war, und 4350 Mk. an einen andern Hilfsarbeiter unzulässigerweise ausgezahlt zu haben. Aurich war wegen Ueberredung zu dieser Handlung angeklagt. Die Verhandlung ergab, daß P. über etwa 200 000 Mk. seit dem Jahre 1917 bis Juni 1921 — angeblich, weil er mit seinem Gehalt (1830—1950 Mk. monatlich) nicht ausgereicht habe — unterschlagen hat. Das Gericht verurteilte Potorny wegen Unterschlagung und Untreue zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft, und Aurich zu einem Monat Gefängnis wegen Anstiftung zur Untreue.

Schöffengericht Wilsdruff.

Wir teilen wunschgemäß mit, daß Herr Möbelfabrikant Sineus nicht mit dem in Nr. 182 unseres Blattes genannten Möbelfabrikant E. identisch ist.

Für die liebevolle Teilnahme beim Tode unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels, des

Herrn Louis Pfukner

Kesselsdorf

danken wir allen hierdurch herzlichst.

Die trauernden Hinterbliebenen.

6202

Für die anlässlich ihrer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten

danken herzlichst

Wilsdruff, am 6. August 1921

Hugo Mehlig u. Frau.

5194

Für die uns zu unserer Verlobung zuteil gewordenen Ehrungen, Gratulationen und Geschenke sagen wir nur hierdurch

herzlichsten Dank

zugleich im Namen unserer Eltern.

Marie Schmieder,
Alfred Fehre.

Kleinlöbnitz.

Unkersdorf.

2500

Lindenschlößchen.

Heute Donnerstag

Extra-Konzert der gesamten Stadtkapelle.

Mitwirkung:

Herr Kammermusiker Boß-Hannover (Violine).

Feingewähltes Programm.

Anfang 1/2 8 Uhr.

Eintritt 2 Mark.

Nach dem Konzert: Feiner Ball.

Hierzu laden ergebenst ein

E. Römischnick E. Horn.

Junger Mensch

von 14 bis 16 Jahren in Landwirtschaft gesucht.

Kost, Grumbach Nr. 14.

Der Landwirtschaftliche Bezirksverband Meißen

nimmt seine

Sonnabendsbesprechung im kleinen Sonnenjaal in Meißen regelmäßig erstmalig am 13. August, nachmittags 2.30 Uhr, wieder auf.

Tagesordnung:

Tarif, Selbstversorgung, Umlagefragen.

5192

Werner, Geschäftsführer.

Jäger-Konzern

gerichtlich eingetragen

verdoppelt Ihr Kapital von 250 Mark an in 2 Monaten

Nur 2% Abzug

Nur 2% Abzug

Einlagekapital wird mit ausbezahlt.

Hauptannahme: Freitags bis Sonntags

Erich Franke, z. Zt. Wilsdruff i. Sa. Hotel Goldner Löwe.

Auszahlung erfolgt durch Postcheck.

4103

Achtung!

Achtung!

Teile dem werten Publikum von Kaufbach und Umgebung mit, daß von meiner Mühle die Zwangswirtschaftsschikane aufgehoben worden ist. Habe die

Mühle bereits eröffnet

und bitte um Unterstützung. Mein Prinzip ist, meine werte Rundschau zufriedenzustellen. Kaufe auch jed. Quantum Mahlgroße zum höchsten Tagespreis.

Mit vorzüglicher Hochachtung

5185

M. J. Borowczak, Mühle Kaufbach.

Atlantic-Konzern in 6 Wochen 100 Prozent Dividende.

- Sie leihen uns Mk. 300.— oder mehr und erhalten sechs Wochen nach Ihrer Einzahlung Ihren eingezahlten Betrag verdoppelt abzüglich 10% Spesen zurück.
- Für Verluste, die wir erleiden, haben Sie nicht zu haften, denn Sie leihen uns nur Ihren eingezahlten Betrag und sind somit weder Gesellschafter noch Teilhaber, sondern nur Mitglieder des Atlantic-Konzerns.
- Wir haften mit unserem Stammkapital für Ihren eingezahlten Betrag und leisten Ihnen im Falle eintretender Verluste Garantie für Rückzahlung des von Ihnen eingezahlten Betrages, jedoch ohne Dividende, sondern nur mit 5% Bankzins.
- Höhere Gewalt oder Streit, die die Abhaltung von Rennen im allgemeinen unmöglich machen, entbinden den Konzern von der eingegangenen Verpflichtung nach § 1.
- Jeder Einzahler erkennt vorkommende Bedingungen als für beide Teile verbindlich an. — Gerichtsstand: Berlin.

NB. Da ein Rennhallbesitzer sich mit mehreren Millionen an dem Unternehmen des Atlantic-Konzern beteiligt hat, ist derselbe in der Lage, noch weiterhin größere Zahlungen entgegenzunehmen.

Das Finanzamt hat dem Atlantic-Konzern keine Gelder beschlagnahmt und sind somit die Auszahlungen nicht gefährdet.

Ein- und Auszahlungen bei

Adolf Kuhr, Wilsdruff, Bismarckstr. 35.

Vertreter des Atlantic-Konzerns.

5191

Braune Ledertasche

mit Schrauben, Schraubenschlüsseln und Arbeitsanzug zwischen Braunsdorf und Oberhermsdorf

verloren.

Wegen Belohnung abzugeben bei **Bruno Grosse** Wilsdruff.

5195

Weißer Riesen,

jung und alt zu verkaufen

Liebert,

5197

Saurichs Ziegelei.

Holzmalerei sucht Stellung

irgendwelcher Art. Angebote unter 5196 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Zukunft!

Glück, Reichtum, Eheleben, Charakter wird nach Astrologie (Sterndeutung) berechnet. Nur Geburtsdatum u. Schrift einlesen. Viele Dankschreiben aufzuweisen.

Dierl, Hannover

Friedstraße 2 III.

Viktoria-Konzern

J. Rothenburg, Dresden

5193

in 8 Wochen 100% in 8 Wochen.

Einzahlungen von 100 Mark an.

Kriegsanleihe und andere gleichwertige Wertpapiere werden nach Nennwert in 3 Monaten verdoppelt.

Vertreter: **Magnus Weise,**

Friseur- und Zigarren-Geschäft

Wilsdruff, Zellaer Straße 17.

Grumbach, Lebensmittelverteilung.

Freitag den 12. August 1921 nachmittags von 4 bis 6 Uhr Vorratverkauf bei Herrn Ernst Bösel, Tafeldiene (Rapp's Pflanzung) Pfund 1,20 Mk. Grumbach, am 10. August 1921.

Der Gemeindevorstand.